In eigener Sache

Im Corona-Jahr 2020 ist alles außergewöhnlich, auch unsere Verlagsarbeit. Unser Herbstprogramm entsteht im Lockdown dieses Frühjahrs 2020 für eine Zeit danach, von der wir einiges ahnen, aber nichts wissen. Noch ist es die Zeit der Virologen und Epidemiologen, die aber in dem Maße zu Ende geht, wie die gesellschaftlichen Folgen des Social Distancing zur Eindämmung der Pandemie nicht nur vorhergesagt, sondern manifest werden. Die erwartbaren Schnellschlüsse der beliebten Welterklärer, die sowieso immer schon alles wussten, haben Sie sicher schon zur Kenntnis genommen. Manche unserer Autoren, die wir um ihre Einschätzung gebeten haben, waren und sind jedoch eher zurückhaltend und wünschen noch Zeit, um eine solide Analyse abliefern zu können. Gemeinsam mit ihnen haben auch wir längst begonnen, uns mit den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Folgen der Pandemie zu beschäftigen. Aber dieses Programm kann nicht mehr sein als das vorläufige Zwischenergebnis einer kommenden Arbeit zum Verständnis der Pandemie und ihrer gesellschaftlichen Folgen.

Eine für uns in Europa wichtige Folge ist, dass die Corona-Krise die Schwächen Europas sichtbarer macht als je zuvor. Allen EU-Phrasen der Berufseuropäer und ihrer Akklamateure zum Trotz gehen die mühsam errungenen Fortschritte in der europäischen Annäherung nun mehr und mehr verloren. Selbst der Gutwilligste kann und will nicht mehr verstehen, warum den autoritären Ländern in der EU nicht Einhalt geboten und stattdessen der Kontaminierung der Demokratien durch die Duldung der Autokratien Vorschub geleistet wird. Die osteuropäischen EU-Länder steuern immer unverblümter auf eine autoritäre Herrschaft zu. Ein willfähriges Parlament verabschiedet in Ungarn unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung ein Ermächtigungsgesetz für Viktor Orbán, wie es das in Europa seit den Diktaturen nicht mehr gegeben hat – und zwar, ohne dass eine nennenswerte Reaktion der EU-Präsidentin erfolgt. Ein Schelm, wer daran denkt, dass sie ihren Posten nur mit Hilfe Viktor Orbáns erlangen konnte.

Aber auch dass einige europäische Staaten, die besonders hart von der Krise betroffen sind, mit ihrem Appell an die europäische Solidarität alte Ziele der Umverteilung wieder durchsetzen wollen, ist äußerst fragwürdig und droht die Spannungen innerhalb der EU noch weiter zu verschärfen.

In der aktuellen Situation, in der die sozialen Unterschiede, insbesondere zwischen der westlichen Welt und den Ländern des globalen Südens, noch stärker hervortreten, sollten wir lieber an die wirklich Armen unserer globalisierten Welt denken, die in Wahrheit die geforderte Umverteilung brauchen. Das Welternährungsprogramm der UN warnt aktuell, dass sich die Zahl der vom Hunger bedrohten Menschen durch die Pandemie auf 265 Millionen Menschen verdoppeln wird.

Es bleibt nur die Hoffnung, dass die Menschen in Europa nicht zulassen, dass diese Tendenzen die Oberhand behalten. Zu befürchten ist jedoch, dass die sogenannte Einheit Europas genauso wie vor der Corona-Pandemie mit faulen Kompromissen kurzfristig erhalten, aber langfris-

tig zerstört wird. Der Brexit war vermutlich nur der erste Schritt. Wenn wir unser wunderbares Europa bewahren wollen, müssen wir es dringend vom Ballast der Ideologie des sogenannten Postnationalismus befreien und es von der Realität eines Europas der Nationen her denken, das sich bestmöglich in der globalisierten Welt zu behaupten versucht.

Für unseren Autor Alain Badiou greifen all diese Gedanken aber zu kurz, denn sie bleiben für ihn in der Realität unseres kapitalistischen Gesellschaftssystems stecken, statt es zu transzendieren, und führen deshalb nicht weiter. Sein Vorschlag zur Verbesserung der Zustände ist seit langem die Forderung nach einer kommunistischen Gesellschaft, und zwar ungeachtet der historischen Erfahrungen, die wir mit den Versuchen zu ihrer Einführung seit der russischen Oktoberrevolution gemacht haben.

Hat die gegenwärtige Corona-Pandemie etwas an seiner Haltung geändert, führt er neue Argumente für seine Forderung ins Feld? Auskunft gibt sein neuestes Buch. Darin spreche ich mit Alain Badiou über die aktuelle Krise und über die Frage, inwiefern ein neuer Kommunismus, wie er ihn sich vorstellt, aus dieser Krise heraus und in eine noch unbekannte politische Zukunft führen könnte. *Nach Corona: Für eine Politik der Zukunft* ist unser erster philosophischer Beitrag zu einer grundsätzlichen Untersuchung und Einschätzung der Pandemie, jenseits des übereilten Mediengeplauders, das uns umrauscht.

Um die Kluft, die die Ärmsten immer mehr von den Reichsten trennt, nicht noch weiter zu vertiefen, ist es heute notwendig, die vom Kapitalismus weitgehend verschütteten Werte der Solidarität und der Gleichheit wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen. In unserem diesjährigen Schwerpunkt blicken wir deswegen besonders auf die Menschen, die von der neokolonialen Ausbeutung des Westens betroffen sind und sich in Krisenzeiten nicht auf staatliche Hilfen und soziale Sicherungssysteme verlassen können.

Alain Badiou widmet seine zweite Neuerscheinung bei Passagen in diesem Herbst dem, was er das nomadische Proletariat nennt, nämlich den Migranten und Geflüchteten auf der ganzen Welt. Sie sind diejenigen, die heute die Hauptlast des Kapitalismus tragen und daher in Badious Augen am ehesten das Potenzial besitzen, ein neues revolutionäres Subjekt zu bilden.

Die französische Aktivistin und Politikwissenschaftlerin Françoise Vergès stammt von der Insel La Reunion, deren Kolonialgeschichte ihre Biografie und ihre Arbeit nachhaltig geprägt hat. Ihr neues Buch ist ein Manifest für einen dekolonialen Feminismus. Darin betont sie, dass der strukturelle Sexismus der Gesellschaft oft zugleich ein Rassismus ist. Deswegen muss die Solidarität mit den Frauen des globalen Südens sowie mit jenen meist „unsichtbaren" Frauen, die das Funktionieren der westlichen Gesellschaften im Hintergrund (z. B. als Reinigungskräfte) gewährleisten, heute ein zentrales Anliegen des Feminismus sein.

Der aus dem Senegal stammende französische Philosoph Souleymane Bachir Diagne arbeitet dagegen an einer Dekolonialisierung des philosophischen Denkens. In seinem Buch *Philosophieren im Islam* plädiert er dafür, an den fruchtbaren Dialog zwischen offenbartem Wort und philosophischer Interpretation anzuknüpfen, der seit Jahrhunderten in der islamischen Welt existiert und für den exemplarisch die Werke Avicennas, Averroes' und Ghazalis stehen. Indem er die vielfältigen Synthesen von islamischer Tradition und westlicher Philosophie erforscht, dekonstruiert er die vermeintliche Dichotomie zwischen rationalem, philosophischem Denken und muslimischer Religiosität.

Jacques Rancière wirft in seinem Buch *In welchen Zeiten leben wir?* einen kritischen Blick auf unsere Gegenwart, die sich spätestens seit dem Fall der Sowjetunion nicht mehr auf eine große Emanzipationserzählung stützen kann. Doch im Gegensatz zu Alain Badiou sieht Rancière darin keineswegs einen Mangel, sondern eine Chance für die sozialen Bewegungen der Gegenwart und der Zukunft. Mit Blick auf die veränderten Formen des politischen Protests versucht Rancière, die komplexen Bedingungen für einen Emanzipationskampf in der heutigen Welt zu begreifen.

Peter Engelmann